WP-4-227 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: Dario Planert (KV Berlin-Neukölln)

## Änderungsantrag zu WP-4

Von Zeile 226 bis 231:
Schutzlücken schließen. Besonders in Bildung, Schule, Hochschule sowie im Opferschutz braucht es verlässliche Strukturen, die Antisemitismus gezielt adressieren. ~~Angesichts steigender Übergriffe und Bedrohungen – verschärft durch das Erstarken der AfD einerseits und des Antisemitismus nach dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 andererseits – benötigen~~Der durch Meldestellen dokumentierte dramatische Anstieg antisemitischer Übergriffe in den vergangenen Jahren lässt sich einerseits auf das Erstarken rechtsradikaler Kräfte wie der AfD zurückführen. Andererseits alarmieren uns die Berichte des Bundes- und Landesamt für Verfassungsschutz, wonach der israelbezogene Antisemitismus in Berlin seit dem Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 vor allem durch Allianzen islamistischer und linksextremistischer Akteur*innen angeheizt wird. Die Externalisierung der Ursachen für diese Entwicklung lehnen wir ab, egal ob es sich um das Gerede von "importiertem Antisemitismus" handelt oder um das Wegsehen bei linkem Antisemitismus und Antizionismus. Als Grüne stellen wir uns mit aller Deutlichkeit gegen jeden Antisemitismus. Deswegenbenötigen zivilgesellschaftliche Projekte mehr Unterstützung und Finanzierung. Der Schutz von jüdischen und als israelsolidarisch gelesenen Orten, einschließlich nichtreligiöser

## Begründung

Insgesamt dokumentierte die Recherche- und Informationsstelle Anitsemitismus (RIAS) im Jahr 2024 für Berlin 2521 antisemitische Vorfälle, von denen 43,7% einen direkten Bezug zum 7. Oktober 2023 bzw. zum Kriegsgeschehen im Gaza-Streifen aufwiesen.[1] Schon 2023 hatten 60% der gesamten dokumentierten Vorfälle im Zeitraum zwischen dem 7. Oktober und dem 31. Dezember stattgefunden.[2] Mit 71,3 % (1 797 Vorfälle) dominierte die Erscheinungsform des israelbezogenen Antisemitismus unter den antisemitischen Vorfällen in Berlin.3 Für das Jahr 2024 dokumentierte RIAS außerdem die höchste Anzahl antisemitisch motivierter körperliche Angriffe (53) seit Beginn der Aufzeichnung und eine Steigerung um 56% im Vergleich zu 2023.[4]

Aus den Verfassungsschutzberichten 2024 aus Land und Bund geht hervor, dass linksextremistische und islamistische Gruppierungen in besonderem Maße für die Eskalation im Phänomenbereich des israelbezogenen Antisemitismus verantwortlich sind.[5] Berlin wird im Bundesverfassungsschutzbericht 2024 dabei explizit als Hotspot antisemitischen Demonstrationsgeschehens erwähnt:

“Obwohl propalästinensische und israelfeindliche Versammlungen im Laufe des Jahres 2024 bundesweit hinsichtlich ihrer Anzahl und Größe insgesamt zurückgingen, fanden sie vor allem im Protestschwerpunkt Berlin – hier besonders in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg und Neukölln – nahezu an jedem Wochenende statt. Dabei wurden Versammlungsverbote oder -auflagen wiederholt missachtet. Auch wenn der größte Teil der Veranstaltungen insgesamt störungsfrei verlief, kam es immer wieder zu versammlungstypischen Straftaten bis hin zu Angriffen auf die Polizei, Medienvertreterinnen und -vertreter sowie Gegendemonstranten.”[6]

Zur Funktion des Antisemitismus als Brückennarrativ in demokratiefeindlichen Bewegungen schreibt das Bundesamt für Verfassungsschutz:

“Nach dem Terrorangriff konnte verstärkt beobachtet werden, wie sich extremistische Bewegungen und Gruppierungen spektrenübergreifend miteinander solidarisierten. Es war und ist wiederholt festzustellen, dass Israelfeindschaft und Antisemitismus Brückennarrative – also ideologische Schnittmengen und Verbindungen – zwischen unterschiedlichen und an sich unvereinbaren extremistischen Einstellungen sein können. Akteure aus dem säkularen propalästinensischen Extremismus nehmen dabei im propalästinensischen Demonstrationsgeschehen eine Scharnierfunktion zwischen Islamisten und Linksextremisten ein. […] Deutsche Rechtsextremisten nutzen die Eskalation in Nahost hauptsächlich für die Propagierung migrationsfeindlicher Positionen.”[7]

Dieses Phänomen beobachtet das Berliner Landesamt für Verfassungsschutz ganz konkret im Zusammenhang mit den ca. 200 in Berlin aktiven Hamas-Anhänger*innen:

“Die Ereignisse im Nahen Osten bestimmten auch die Aktivitäten der HAMAS-Anhängerinnen und –Anhänger in Berlin. Auch nach dem Betätigungsverbot, das [sic!] das Bundesministerium des Innern und für Heimat am 2. November 2023 gegen die HAMAS verhängt hatte, blieben sie in das anti-israelische Versammlungsgeschehen involviert. Hierbei kooperierten sie auch mit ideologisch konträren Gruppierungen aus dem Spektrum des auslandsbezogenen Extremismus und des Linksextremismus.”[8]

Vor diesem Hintergrund wird die Benennung lediglich der AfD im Zusammenhang mit dem angestiegenen Antisemitismus der Berliner Realität nicht gerecht. Gerade als Berliner Landesverband müssen wir der Öffentlichkeit klar zu verstehen geben, dass wir diese besorgniserregende Entwicklung erkannt haben und bereit sind, ihr entgegenzuwirken. Außerdem haben wir im Vergleich zur politischen Konkurrenz bei CDU und DIE LINKE bislang die Externalisierung von Antisemitismus vermieden. Dies ist eine Stärke unserer Partei, die wir deutlicher in unserem Wahlprogramm hervorheben sollten.

Quellen

1. Recherche- und Informationsstellen Anitsemitismus (RIAS) Berlin (Hrsg.): Antisemitische Vorfälle in Berlin. Jahresbericht 2024, Berlin 2025, S. 7.
2. Ebd., S. 13.
3. Ebd., S. 29.
4. Ebd., S. 7.
5. Vgl. Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Berlin 2024, Berlin 2025, S. 25ff.
6. Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2024, Berlin 2025, 48.
7. Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2024, Berlin 2025, 49.
8. Senatsverwaltung für Inneres und Sport des Landes Berlin (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht Berlin 2024, Berlin 2025, 43.

## Unterstützer*innen

Jacqueline Lori Fingerle (KV Berlin-Pankow); Simon Muschick (KV Frankfurt-Oder); Alexander Manolopoulos (KV Berlin-Mitte); Christopher Philipp (KV Berlin-Mitte); Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau); Dustin Eikmeier (LV Grüne Jugend Berlin); Nicolas Völcker Ortega (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Bernd Steinhoff (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Manfred Herrmann (KV Berlin-Neukölln);

Herbert Nebel (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Dorothee Richter (KV Berlin-Kreisfrei); Katrin Schaar (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Ole Jacobs (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Hannah Wettig (KV Berlin-Pankow); Christian Sandau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)